

## Die Gefangenen

**An- und Ungelernte.** Menschen ohne Berufsabschluss können auf dem Arbeitsmarkt nur schwer Fuß fassen. Sie haben überdies oft nur einfache Jobs, in denen sie sich nicht weiterentwickeln. Damit sind sie quasi auf den sogenannten Jedermansarbeitsmärkten gefangen. Nicht zuletzt aufgrund des Fachkräftemangels ist es aber an der Zeit, die Situation von An- und Ungelernten nachhaltig zu verbessern – durch passgenaue Qualifizierungsangebote. 

Der demografische Wandel und der technische Fortschritt fordern die Wirtschaft heraus: Es werden mehr qualifizierte Kräfte gebraucht, während gut ausgebildeter Nachwuchs immer schwerer zu finden ist. Angesichts dessen gilt es, alle Fach-

kräftepotenziale zu nutzen – so auch die 7,5 Millionen Personen zwischen 16 und 64 Jahren, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Anders gerechnet:

**Jeder siebte Erwachsene hierzulande besitzt keinen Berufsabschluss.**

Was unterscheidet diese Menschen von Qualifizierten?

**1. Sie sind seltener erwerbstätig und damit häufiger armutsgefährdet.** Fast 57 Prozent aller 16- bis 64-jährigen Geringqualifizierten sind berufstätig. Die Erwerbstätigenquote der Personen mit Berufsabschluss beträgt 82 Prozent (Grafik).

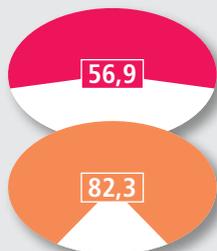
Zudem ist unter den erwerbstätigen An- und Ungelernten rund jeder Fünfte unregelmäßig oder geringfügig beschäftigt. Dagegen haben lediglich 6 Prozent der Personen →

### An- und Ungelernte: Potenzial nicht ausgeschöpft

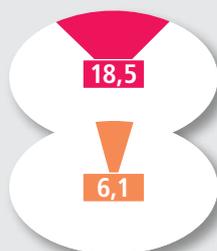
16- bis 64-Jährige  
in Prozent

■ An- und  
Ungelernte

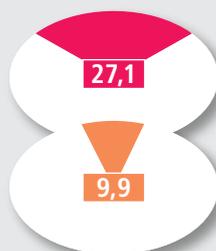
■ Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung,  
Fortbildungsabschluss oder Hochschulstudium



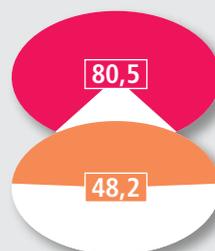
Erwerbstätigenquote



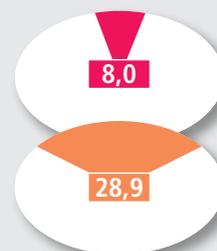
Unregelmäßig oder geringfügig beschäftigt



Armutsgefährdungsquote



Körperliche Arbeit mindestens einmal pro Woche



Teilnahme an berufsbezogener Weiterbildung

Stand: je nach Indikator zwischen 2008 und 2012; Armutsgefährdungsquote: Als relativ einkommensarm oder armutsgefährdet gilt in Deutschland derzeit, wer weniger als 60 Prozent des sogenannten Medianeinkommens zur Verfügung hat – das ist jenes Einkommen, das von der einen Hälfte der Bevölkerung über- und von der anderen unterschritten wird  
Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Sozio-oekonomisches Panel, OECD, IW-Berechnungen

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 43

### Inhalt

**Gebäudesanierung.** Das IW Köln hat ein Konzept entwickelt, das die energetische Modernisierung von Wohngebäuden vorbringen kann.  
Seite 3

**Chancengleichheit.** Um das Thema Gleichstellung anzugehen, stehen den Unternehmen diverse Tools zur Verfügung.  
Seite 4-5

**Währungen.** China versucht, dem Dollar die Stellung als Weltleitwährung streitig zu machen.  
Seite 6

**Arbeitsmarkt.** Beschäftigte von Behinderten-Werkstätten sollen besser in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden.  
Seite 7

**Genossenschaften.** Diese Kooperationsform hat 150 Jahre Tradition und ein hohes wirtschaftliches Gewicht.  
Seite 8

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

**Präsident:**  
Arndt Günter Kirchoff  
**Direktor:**  
Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:**  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ mit Berufsabschluss einen solchen Job.

Diese Umstände spiegeln sich auch im Einkommen wider: Der durchschnittliche Stundenlohn von Fachkräften beträgt 17 Euro, der von An- und Ungelernten dagegen nur 12 Euro. Dementsprechend ist mehr als jeder vierte An- und Ungelernte armutsgefährdet – aber nur jeder Zehnte mit Berufsabschluss.

**2. Sie haben nur geringe Grundkompetenzen.** Daten einer internationalen Vergleichsstudie zeigen, dass Personen ohne Berufsabschluss große Probleme beim Lesen und Rechnen haben (Grafik).

**Rund die Hälfte aller An- und Ungelernten ist bestenfalls in der Lage, kurze und einfache Texte zu lesen und diese begrenzt zu verstehen.**

Zum Vergleich: Nur 15 Prozent der Personen mit Berufsabschluss gehören zur Problemgruppe der Lese- und Rechenschwachen.

Nun könnte man meinen, dass An- und Ungelernte im Rahmen eines Jobs Kompetenzen erwerben und so fehlende formale Qualifikationen ausgleichen. Doch der Mechanismus greift bei dieser Gruppe nicht. Selbst unter den berufstätigen An- und Ungelernten verstehen im-

mer noch 45 Prozent Texte allenfalls rudimentär.

Es gibt verschiedene Erklärungen dafür, warum das Training on the Job bei den An- und Ungelernten nicht wirkt:

- Sie arbeiten häufiger körperlich, der Kopf wird nicht gefordert.
- Sie üben öfter Beschäftigungen aus, die sich wiederholen, was letztlich nicht zu einer Erweiterung der Kompetenzen führen kann.
- Sie bilden sich seltener berufsbezogen weiter.

Um die Situation An- und Ungelernter zu verbessern und ihre Zahl nachhaltig zu reduzieren, kann an vielen Punkten angesetzt werden:

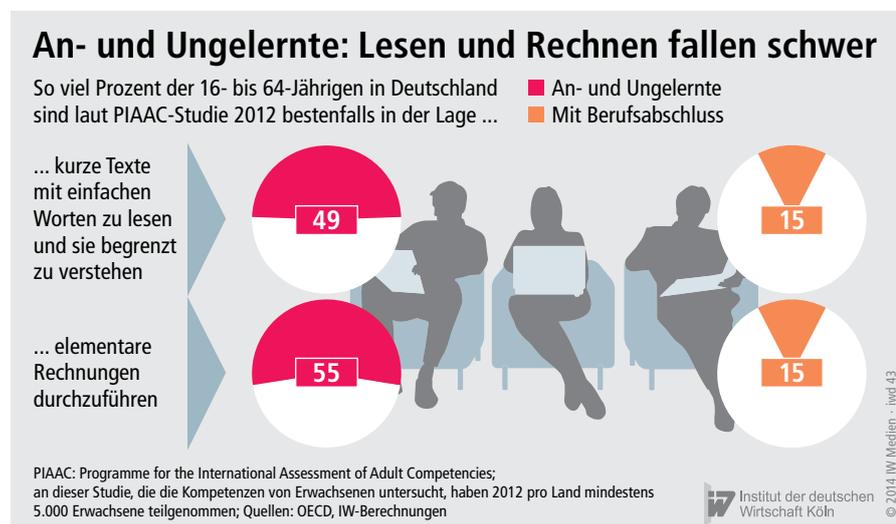
**Frühkindliche und schulische Bildung ausbauen.** Der Besuch einer Kita kann die Startchancen von Kindern aus bildungsfernen Familien erhöhen. Auch in der Schule muss nachgebessert werden – etwa durch mehr Ganztagschulen.

**Abbrüche verhindern.** Starthilfe benötigen Jugendliche auch vor Beginn ihrer Lehre. Durch eine bessere Berufsorientierung – zum Beispiel durch Praktika und eine individuelle Berufsberatung in den Schulen – lässt sich vermeiden, dass eine Ausbildung abgebrochen wird.

**Teil- und Nachqualifizierungsangebote ausbauen.** Für viele An- und Ungelernte ist eine gezielte Qualifizierung der nahezu einzige Weg, im Berufsleben voranzukommen. Weil vor allem Ältere aus finanziellen und zeitlichen Gründen häufig keine reguläre Berufsausbildung nachholen können, sollte man ihnen den Erwerb von Teilqualifikationen anbieten. Diese unterteilen einen anerkannten Ausbildungsberuf in einzelne Module. Jeder Interessent kann dann Bausteine absolvieren, die zu seinem individuellen Qualifikationsbedarf passen. Die erworbenen Kompetenzen werden zertifiziert.

Sind alle Module in beliebiger Reihenfolge und ohne zeitliches Limit durchlaufen, steht der Weg zu einer externen Prüfung offen. Am Ende hat der Absolvent einen staatlich anerkannten Berufsabschluss.

**Weiterbildungsangebote und Förderung transparenter gestalten.** Es gibt viele Weiterbildungsangebote und Förderprogramme, die für An- und Ungelernte sowie ihre Arbeitgeber infrage kommen. In diesem Dschungel das Passende zu finden, ist jedoch schwierig. Deswegen sollten unterschiedliche Programme zusammengefasst und bundesweit einheitlich umgesetzt werden. So hat etwa die Arbeitgeberinitiative „Eine TQ besser!“ 2014 ein länderübergreifendes gemeinsames Gütesiegel für Teilqualifikationen eingeführt.



**i**  
Information

**IW-Analysen  
Nr. 100**

Regina Flake, Lydia Malin,  
Lena Middendorf, Susanne Seyda:  
Qualifizierung von An- und Ungelernten –  
Eine empirische Bestandsaufnahme der  
Lebenssituation und Potenziale,  
Köln 2014, 88 Seiten, 19,90 Euro

Versandkostenfreie Bestellung unter:  
[iwmedien.de/bookshop](http://iwmedien.de/bookshop)

# So klappt die Energiewende

**Gebäudesanierung.** Um die Energiewende zum Erfolg zu führen, muss auch der Wohnungsbestand bis 2050 modernisiert werden. Die derzeitigen Investitionen reichen allerdings nicht aus, um dieses Ziel zu erreichen. Das IW Köln hat deshalb ein Konzept entwickelt, damit es auf diesem Gebiet vorangeht.

Die Regierung will den Energiebedarf von Wohnhäusern bis zum Jahr 2020 deutlich reduzieren (Grafik). Aktuell wird aber jährlich nur 1 Prozent des Wohnungsbestands energetisch saniert – zum Beispiel durch Dämmmaßnahmen. Mit dieser Sanierungsquote kann der Bund seine selbst gesteckten Ziele jedoch nicht erreichen:

**Um zum Beispiel den Endenergiebedarf der Gebäude bis zum Jahr 2020 gegenüber 2008 um 20 Prozent zu verringern, müssten jährlich 2 Prozent des Bestands saniert werden.**

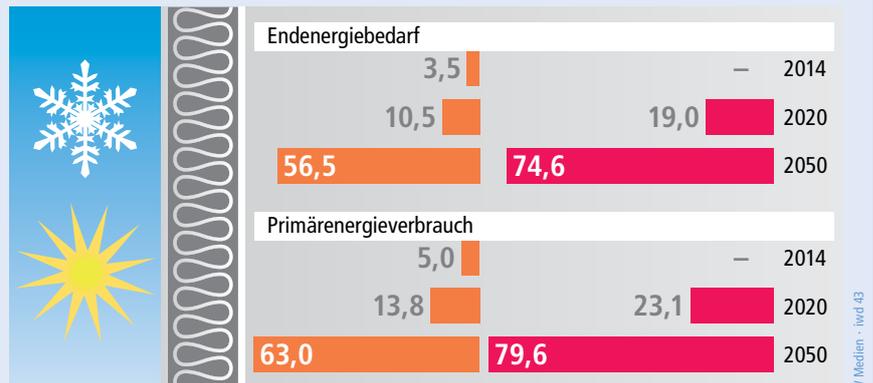
Unter den jetzigen Rahmenbedingungen ist das kaum machbar. Denn die vielen Einzelmaßnahmen – von der Energieeinsparverordnung über die Fördermaßnahmen der KfW Bankengruppe bis hin zum Energieausweis – sind historisches Flickwerk. Bislang zögern Eigentümer und Investoren vor allem wegen der unübersichtlichen Förderlandschaft und der geringen Wirtschaftlichkeit, ihre Objekte zu modernisieren.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat deshalb ein Gesamtkonzept für den Gebäudesektor vorgestellt, mit dem die Ziele der Bundesregierung erreicht werden können. Entscheidend sind dabei fünf Elemente:

## Gebäudesanierung: Vom Ziel noch weit entfernt

Bis zum Jahr 2020 will die Bundesregierung den Endenergiebedarf des Gebäudesektors im Vergleich zu 2008 um 20 Prozent und bis zum Jahr 2050 den Primärenergieverbrauch um 80 Prozent verringern. Aktuell ist der Endenergiebedarf jedoch nur um 3,5 Prozent geringer als 2008. Um die Ziele noch rechtzeitig zu erreichen, müssten ab sofort jährlich 2 Prozent des Wohnungsbestands energetisch modernisiert werden – zurzeit liegt diese Sanierungsquote bei 1 Prozent.

Einsparungen bei einer Sanierungsquote von ■ 1 Prozent bzw. ■ 2 Prozent im Vergleich zu 2008, in Prozent



Endenergie: vom Versorger bereitgestellte Energiemenge; Primärenergie: eingesetzte Energiemenge, inklusive Gewinnung, Umwandlung und Transport der Energie; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 43

1. Die **bewährten Förderprogramme zur Gebäudesanierung** der KfW und des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle sollten mindestens bis zum Jahr 2020 ein jährliches Volumen von 3 Milliarden Euro aufweisen – 2013 förderte der Bund energetische Gebäudesanierungen lediglich mit knapp 2 Milliarden Euro.

2. Die Sanierung von Gebäuden sollte **dauerhaft steuerlich begünstigt** werden, wobei alle Gebäudeeigentümer gleichbehandelt werden müssen. Derzeit bevorzugt das Steuerrecht insbesondere Selbstnutzer von Immobilien sowie die Teilsanierung der Gebäude.

3. Eine **Reform des Mieterhöhungsrechts** sollte auf der Agenda stehen. Vermieter sollten den Sanierungsaufwand in die Modernisierungsumlage integrieren dürfen, weil die Mieter zugleich weniger Heizkosten zahlen. Alternativ könnte bei

energetischen Modernisierungen eine generelle Anhebung der Miete bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete zugelassen werden. Zur besseren Orientierung der Eigentümer sollten die Kommunen flächendeckend ökologische Mietspiegel einführen.

4. Für die **staatlich geförderte Energieberatung** sollte ein Ausbildungs- und Dienstleistungsstandard etabliert werden, der keine Berufsgruppen wie etwa Handwerker, die Modernisierungen durchführen, systematisch ausgrenzt. Nach der Umsetzung geförderter Effizienzmaßnahmen sollte stärker kontrolliert werden, ob die damit verbundenen Ziele auch erreicht wurden.

5. Für **mehr Transparenz** sollten die bedarfs- und verbrauchsorientierten Energieausweise zu einem Ausweis zusammengeführt werden.

# Sichtbare Fortschritte

**Chancengleichheit.** Frauen in Führungspositionen, Entgeltgleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf: All diese Themen werden derzeit prominent diskutiert. Unternehmen, die die Chancengleichheit in ihrem Betrieb aktiv verbessern wollen, können dabei auf diverse Tools zurückgreifen.

Auf der politischen Agenda rangieren Gleichstellungsthemen ganz oben: Ein Dauerbrenner ist die Debatte um mehr Frauen in Führungspositionen. Aber auch die Ankündigung der Bundesfamilienministerin, demnächst einen Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz vorzulegen, sorgt für Spannung. Laut Koalitionsvertrag soll das Gesetz beispielsweise Firmen mit mehr als 500 Beschäftigten verpflichten, Auskunft über die Entgeltgleichheit zu geben.

Hintergrund für diese Initiative sind die nach wie vor bestehenden Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern: Das Statistische Bundesamt hat berechnet, dass Frauen in Deutschland im Jahr 2010 unter Berücksichtigung von Ausbildung,

Betriebszugehörigkeit, Berufserfahrung und anderen Kriterien im Durchschnitt 7 Prozent weniger verdienen haben als Männer. Hierbei handelt es sich um die sogenannte bereinigte Lohnlücke.

Das IW Köln ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat ermittelt, wie es bei Frauen mit Kindern aussieht, wenn deren Erwerbspausen nur kurz sind. Demnach betrug die bereinigte Lohnlücke 2011 knapp 2 Prozent.

Während die Politik an Gesetzesinitiativen rund um die Chancengleichheit feilt, ist das Thema in vielen Unternehmen bereits fest verankert (Interview). So ist etwa der Anteil der Frauen, die eine Führungsposition innehaben, über alle

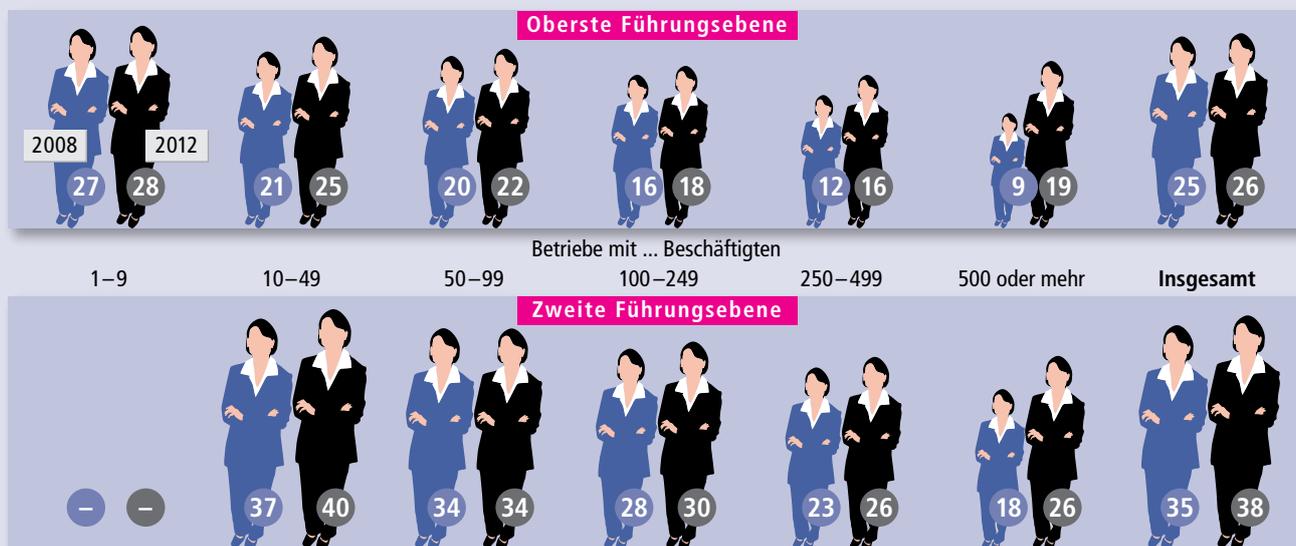
Betriebsgrößenklassen hinweg gestiegen (Grafik).

Unternehmen, die aktiv die Chancengleichheit in ihrem Betrieb verbessern möchten, können auf eine Reihe von Tools zurückgreifen. Darunter sind viele zum Teil kostenlose Angebote:

- **Logib-D**, das Tool des Bundesfamilienministeriums, das auch vom IW Köln koordiniert wird, untersucht die **Lohnleichheit in Betrieben in Deutschland** und kann über die Webseite [logib-d.de](http://logib-d.de) gestartet werden. Nach der Eingabe personenbezogener Daten liefert Logib-D einen detaillierten Bericht zur Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern und analysiert auch die Ursachen für Gehaltsunterschiede.
- Im Rahmen des EU-Kommissions-Projekts **Chancengleichheit rechnet sich** wird ein Schnelltest in englischer Sprache angeboten, bei dem Unternehmen auf Basis einer kurzen

## Mehr Chefinnen

So viel Prozent der Führungsfunktionen in Unternehmen der Privatwirtschaft wurden von Frauen ausgeübt



Oberste Führungsebene: Geschäftsführer, Eigentümer, Vorstandsmitglieder, Filial- und Betriebsleiter; Befragung von jeweils rund 15.000 Unternehmen im Jahr 2008 und 2012 (IAB-Betriebspanel); Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Befragung Möglichkeiten aufgezeigt bekommen, wo und wie sie Maßnahmen zur Chancengleichheit entwickeln können.

- Der **Dynamic Gender Index** des Bundesverbands der Personalmanager ist ein Berechnungsinstrument, das Firmen bei der Umsetzung von Selbstverpflichtungen hinsichtlich des Frauenanteils in Führungspositionen unterstützt. Das Unternehmen gibt dafür über die Webseite

bpm.de seine Daten zur Ist-Situation und die Zielgrößen ein. Anschließend erhält es einen Zeitplan, wie der Frauenanteil jährlich angepasst werden muss, damit am Ende des gewählten Betrachtungszeitraums die angestrebte Quote erreicht wird.

- Unternehmen, die sich für mehr Chancengleichheit einsetzen, können ihre Personalpolitik auszeichnen lassen: mit dem Prädikat **TOTAL E-QUALITY** (total-e-quality.de),

das von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Bundesfamilienministerium unterstützt wird.

Geprüft werden insgesamt sieben Handlungsfelder, darunter die Personalentwicklung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Stellenbesetzung. Die diesjährige Verleihung findet am 24. Oktober statt, Bewerbungsschluss für die nächste Prädikatsverleihung im Oktober 2015 ist der 31. Mai 2015.



Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview ++

## „Kinder dürfen kein Handicap im Beruf sein“

Die ALNO AG, Deutschlands zweitgrößter Küchenhersteller mit rund 2.300 Mitarbeitern, hat mithilfe des Programms Logib-D („Lohngleichheit im Betrieb – Deutschland“) die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen im Konzern untersucht. Warum sich das auch für ein wirtschaftlich angeschlagenes Unternehmen lohnt, erklärt **Stefan Seide**, Personalleiter der ALNO AG.

**Herr Seide, warum haben Sie die Lohnlücke in Ihrem Unternehmen berechnen lassen? Hatten Sie das Gefühl, dass Frauen bei Ihnen schlechter bezahlt werden als Männer?**

Nein, wir sind ein tarifgebundenes Unternehmen, sodass unsere Löhne eigentlich gar nicht groß differieren können zwischen den Geschlechtern. Aber für uns war Logib-D ein willkommenes Instrument, uns auch anderen wichtigen Themen wie Diversity oder dem demografischen Wandel zu nähern.

**Und, hatten Sie recht mit Ihrer Vermutung, dass es bei ALNO keine Lohnlücke gibt?**

Ja, jedenfalls ist unsere Lücke relativ klein: Die unbereinigte Lohnlücke liegt bei 9,4 Prozent, die bereinigte Lohnlücke – die Ausbildung, Betriebszugehörigkeit, Berufserfahrungen und Hierarchien berücksichtigt – bei 1,1 Prozent.

**Dann war die ganze Arbeit also umsonst?**

Keineswegs. Wenn wir zeigen, dass uns eine faire Entlohnung wichtig ist, können wir auch andere sensible Themen angehen, die damit zusammenhängen: Wie gehen wir beispielsweise mit der demografischen Entwicklung um? Oder mit Themen wie Frauen in Führungspositionen, Teilzeit und Führung, oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

**Die ALNO AG hat in diesem Jahr wieder Marktanteile gewonnen, aber wirtschaftlich schwierige Zeiten hinter sich. Gefällt den Aktionären Ihr Engagement für Geschlechtergerechtigkeit und**

**Familienfreundlichkeit oder wollen sie lieber, dass radikal gespart wird, damit der Aktienkurs steigt?**

Natürlich steht die wirtschaftliche Stabilisierung unseres Unternehmens im Vordergrund. Trotzdem müssen wir an die Zukunft denken und uns mit Themen wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Frauen in Fach- und Führungspositionen auseinandersetzen. Das können wir nicht negieren.

**Was hat sich bereits konkret verändert bei Ihnen im Haus?**

Aufgrund unserer wirtschaftlichen Situation kann ich nicht aus dem Vollen schöpfen, aber wir haben das Thema Familie und Beruf nun fest in unserer Personalstrategie verankert. Um im „War for Talents“ wettbewerbsfähig zu bleiben, haben wir uns zwei Visionen bzw. Ziele gesetzt: Zum einen gilt bei der ALNO AG die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zum anderen gelten Kinder bei uns als Teil des Lebens und nicht als Handicap im Beruf.

# Geht die Dollar-Ära zu Ende?

**Währungen.** Seit langem dominiert der Dollar das Welthandelsgeschehen. Das wirtschaftlich aufstrebende China versucht allerdings, dem Greenback die Stellung als Weltleitwährung streitig zu machen.

Ein deutliches Zeichen für diese Ambition war der im Juli 2014 gefasste Beschluss der BRICS-Staaten – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika –, eine eigene Entwicklungsbank zu gründen. Die fünf größten Schwellenländer wollen zudem ihren Außenhandel künftig ohne den Dollar abwickeln.

China hat bereits mit mehreren ölexportierenden Staaten sowie mit Russland vereinbart, den gegenseitigen Handel von Dollar auf die chinesische Währung Renminbi – die Währungseinheit heißt Yuan – umzustellen. Für Chinas Unternehmen liegt der Vorteil auf der Hand, fällt doch beim Export und Import in eigener Währung das Wechselkursrisiko weg.

Allerdings hat die Führung in Peking ohnehin viel Spielraum, um

das Tauschverhältnis ihres Geldes mit dem Ausland zu beeinflussen – kein Land der Welt besitzt so große Beträge fremder Währungen wie China (Grafik unten rechts):

**Die chinesischen Währungsreserven summierten sich im Juni 2014 auf umgerechnet mehr als 4 Billionen Dollar – doppelt so viel wie noch fünf Jahre zuvor.**

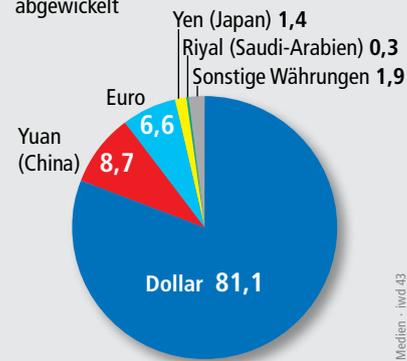
Damit wäre das Reich der Mitte zum Beispiel in der Lage, einer Abwertung seiner Währung gegenüber dem Dollar entgegenzuwirken, indem die chinesische Zentralbank in großem Stil Dollar verkauft und im Gegenzug Yuan ankauft. Auf diese Weise kann Peking verhindern, dass die Kosten der für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bedeutsamen Importe steigen.

Tatsächlich hat die Zentralbank aber in den vergangenen Jahren eher die Aufwertung des Renminbi gebremst, um Chinas Exporte für ausländische Käufer nicht allzu stark zu verteuern (Grafik unten links):

**Am letzten Handelstag im Januar 2001 kosteten 100 Yuan rund 12 Dol-**

## Dollar dominiert

So viel Prozent des Welthandels wurden im Oktober 2013 in diesen Währungen abgewickelt



Quelle: Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw-d 43

**lar, Ende August 2014 betrug der Gegenwert gut 16 Dollar.**

Dass China den Kurs seiner Währung maßgeblich steuert und der Devisenverkehr nach wie vor weitreichenden Kontrollen unterliegt, spricht gegen einen schnellen Aufstieg des Renminbi zur Weltleitwährung. Der Weg dorthin ist jedenfalls noch weit (Grafik oben):

**Im Oktober 2013 wurden zwar knapp 9 Prozent des Welthandels in Yuan abgewickelt – aber gut 81 Prozent in Dollar.**

Allerdings hat die Bedeutung des Yuan rapide zugenommen – Anfang 2012 betrug sein Welthandelsanteil noch weniger als 2 Prozent.

## Chinas Währung gewinnt an Wert



Kassakurse; Quelle: Bloomberg

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw-d 43 - Foto: Xuejun Li - Fotolia.com

## China mit dickem Devisenpolster

Länder mit den größten Reserven an ausländischen Währungen im Sommer 2014, umgerechnet in Milliarden Dollar

|               |       |             |     |
|---------------|-------|-------------|-----|
| China         | 4.056 | Brasilien   | 379 |
| Japan         | 1.264 | Südkorea    | 368 |
| Saudi-Arabien | 746   | Hongkong    | 331 |
| Schweiz       | 546   | Indien      | 314 |
| Russland      | 454   | Singapur    | 273 |
| Taiwan        | 428   | Deutschland | 206 |

Quelle: Internationaler Währungsfonds

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw-d 43

# Chancen trotz Handicap

**Arbeitsmarkt.** Seit August 2014 zählen Menschen, die in Werkstätten für Behinderte arbeiten, zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die statistische Korrektur ändert aber noch nichts am Arbeitsalltag der Behinderten. In Zukunft sollen neue Fördermaßnahmen dazu beitragen, dass mehr Mitarbeiter der Werkstätten eine Chance auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen.

Die meisten Menschen mit Behinderung gehen zusammen mit ihren nicht behinderten Kollegen einem „normalen“ Beruf nach – unterstützt von Hilfsmitteln wie einem höhenverstellbaren Schreibtisch für die Angestellte im Büro oder einer Stehhilfe für den Facharbeiter am Fließband.

Manchmal ist die Beeinträchtigung jedoch so stark, dass ein regulärer Job kaum zu finden ist. Diese Menschen haben Anspruch auf einen Platz in einer Werkstatt für Behinderte. Dort durchlaufen sie erst ein zweijähriges berufsbildendes Programm und erhalten danach einen passenden Arbeitsplatz – wobei es vor allem darum geht, die individuelle Leistungsfähigkeit zu fördern und die Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen (Grafik):

**Im November des vergangenen Jahres hatten die 684 Hauptwerkstätten mit 1.941 Zweigstellen insgesamt gut 300.000 Beschäftigte – überwiegend Menschen mit einer geistigen Behinderung.**

Das Angebot der wirtschaftlich arbeitenden Werkstätten reicht von der Holz- und Metallbearbeitung bis hin zu Dienstleistungen in der Gas-



tronomie (Verzeichnis aller Werkstätten unter: [rehadat.de](http://rehadat.de)). Die Mitarbeiter bekommen dabei je nach Tätigkeit eine sehr unterschiedlich bemessene Aufwandsentschädigung – im Schnitt lag diese 2013 allerdings nur bei 180 Euro im Monat. Im Gegensatz dazu entrichten die Träger der Werkstätten – darunter die Arbeiterwohlfahrt, die Kommunen oder das Deutsche Rote Kreuz – aber relativ hohe Rentenbeiträge.

**Die Werkstattbeschäftigten haben dadurch nach 20 Jahren Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente, welche 80 Prozent des Rentenniveaus eines durchschnittlich entlohnten Arbeitnehmers beträgt.**

Bis zur statistischen Korrektur im August 2014 galten Arbeitnehmer in Behinderten-Werkstätten als geringfügig beschäftigt – obwohl viele Menschen ihr ganzes Arbeitsleben in diesen Einrichtungen verbringen und dort nicht nur renten-, sondern auch kranken- und pflegeversichert sind. Nunmehr werden sie zwar als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte anerkannt, bleiben aber

nach wie vor meist vom allgemeinen Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

Eine stärkere Förderung soll dies ändern. Ein bereits bestehendes Sprungbrett sind sogenannte Außenarbeitsplätze, auf denen Werkstattbeschäftigte vor Ort für ein Unternehmen tätig sind, die Werkstatt aber weiterhin die Betreuung und Verantwortung für den Mitarbeiter übernimmt.

Im Jahr 2012 konnten sich in Nordrhein-Westfalen etwa 2.600 oder 4 Prozent der Werkstattbeschäftigten dadurch in einem regulären Arbeitsumfeld beweisen; bis Ende 2014 will die Landesregierung 1.000 zusätzliche Außenarbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft anwerben. Die kooperierenden Firmen können dabei Zuschüsse von bis zu 80 Prozent des Bruttolohns sowie fachkundige Unterstützung erhalten.

Zu den weiteren geplanten Maßnahmen gehört es, die Berufsbildung in Werkstätten für Behinderte stärker an regulären Ausbildungsgängen auszurichten.

# Gemeinsam stark

**Genossenschaften.** In Deutschland gibt es rund 8.000 Genossenschaften mit insgesamt 23 Millionen Mitgliedern. Diese Form der Kooperation hat 150 Jahre Tradition und eine hohe wirtschaftliche Bedeutung.

Es ist das Jahr 1847, als Friedrich Wilhelm Raiffeisen in Weyerbusch den ersten Hilfsverein zur Unterstützung der notleidenden ländlichen Bevölkerung ins Leben ruft. Dies ist der Ursprung der gemeinschaftlichen Tätigkeit (Kasten) kleiner Gewerbetreibender, Landwirte und Sparer, die durch die industrielle Revolution ihr Geschäftsmodell bedroht sehen. Frei nach dem Motto: Zusammen sind wir stark.

Heute sind die Genossenschaften in nahezu allen Bereichen tätig – von der Landwirtschaft über den Einzelhandel und das Handwerk bis hin zur Finanz- und Immobilienbranche (Grafik). Ihr wirtschaftliches Gewicht ist beträchtlich.

## 23 Millionen machen mit

Genossenschaften im Jahr 2013

|  | Anzahl       | Mitglieder in Millionen | Beschäftigte   |
|--|--------------|-------------------------|----------------|
|  Raiffeisen- und Agrargenossenschaften                            | 2.385        | 1,3                     | 82.000         |
|  Gewerbliche Waren-, Dienstleistungs- und Energiegenossenschaften | 2.138        | 0,6                     | 545.000        |
|  Wohnungsgenossenschaften   | 2.000        | 3,0                     | 24.000         |
|  Kreditgenossenschaften und Verbundunternehmen                    | 1.089        | 17,7                    | 191.000        |
|  Konsumgenossenschaften   | 314          | 0,4                     | 15.000         |
|  <b>Insgesamt</b>   | <b>7.926</b> | <b>23,0</b>             | <b>857.000</b> |

Teilweise vorläufige Zahlen bzw. IW-Schätzung

Ursprungsdaten: Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband, Deutscher Raiffeisenverband, Die Wohnungsbaugenossenschaften Deutschland, DZ Bank Research

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 43

**In den rund 2.400 Agrargenossenschaften haben sich unter anderem mehr als 530.000 Landwirte und Winzer zusammengeschlossen, um ihre Waren gemeinsam günstiger zu produzieren und besser zu vermarkten.**

Neben den Einzelhandelsriesen Edeka und Rewe gibt es im gewerblichen Bereich mehr als 2.100 Genossenschaften. Die etwa 1.100 Volks- und Raiffeisenbanken zählen nahezu 18 Millionen Mitglieder sowie gut 190.000 Beschäftigte. Und die 2.000

Wohnungsgenossenschaften stellen für ihre 3 Millionen Mitglieder derzeit 2,2 Millionen Wohnungen bereit, das sind etwa 10 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland.

Wie lebendig der Genossenschaftsgedanke ist, zeigen die Neugründungen der vergangenen Jahre: vom Dorfladen über Arzt Häuser bis zum Bereich der erneuerbaren Energien mit etwa 800 Bürgerwind- und -solarparks sowie Biogasanlagen im Genossenschaftsmodell.

## Adressaufkleber

## Genossenschaften

Die Genossenschaften bilden eine Brücke zwischen dem privatwirtschaftlichen Unternehmertum und Wirtschaftsformen, die primär auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind. In einer Genossenschaft unterstützen sich die Mitglieder gegenseitig, wobei nicht der Gewinn im Fokus ist. Den Mitgliedern steht es dennoch frei, Alternativen am Markt zu nutzen, der Wettbewerb wird nicht ausgeschaltet. Beispielsweise können Landwirte ihre Produkte auch außerhalb ihrer Genossenschaft selbst vermarkten; im Handel, Handwerk und in den freien Berufen dürfen Mitglieder einer gewerblichen Genossenschaft ebenso bei anderen Lieferanten einkaufen.

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

**Redaktionsassistentz:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.